

## **4. If.E-Innovationskongress**

Berlin, 18. Oktober 2018

**Michael Vassiliadis**

Vorsitzender der IG BCE

Vorsitzender des Innovationsforums Energiewende e. V.

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages  
und der Landtage,

Sehr geehrter Frau Ministerin Schulze,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich begrüße Sie zum 4. Innovationskongress des  
Innovationsforums Energiewende.

Den ersten Innovationskongress veranstalteten wir 2012  
hier in Berlin-Tempelhof.

Und schon vor sechs Jahre war unser Impuls:

Diese Energiewende wird ihre Ziele nur mit Innovationen  
erreichen,

die es noch nicht gibt,

die man noch nicht kaufen kann,

die wir aber

machen können

machen wollen

und machen werden -

wir, die Beschäftigten und ihre Unternehmen,  
die hier zusammenkommen.

Dafür haben wir dieses Innovationsforum gegründet.

Sechs Jahre später geht es immer noch,  
aber zugespitzter um die Frage,  
wie wir diese Innovationen in Deutschland machen  
können und dürfen.

Die Energiewende bleibt eine Herausforderung  
für Wirtschaft und Gesellschaft in Bund und Ländern.

Wir schauen im Innovationsforum Energiewende genau  
auf die bevorstehenden Auswirkungen auf Wachstum  
und Beschäftigung,  
besonders in Energiewirtschaft, Industrie und  
Verkehrssektor.

Den Standpunkt, von dem aus wir gemeinsam schauen,  
will ich in der aktuellen Situation an den Anfang meiner  
Rede stellen:

Deutschland muss Industriestandort bleiben.

Voraussetzung sind Innovationen.

Hierzu zählt eine gelungene Energiewende.

Sie muss sozial verträglich sein.

Um den Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung erfolgreich zu gestalten, bedarf es politischer und rechtlicher Voraussetzungen, die eine verlässliche Basis für langfristige Investitionen und für Innovationen darstellen.

Ziel muss es sein:

- ökonomisches Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie
- sozialen Fortschritt, Klimaschutz und Versorgungssicherheit gleichermaßen zu gewährleisten.

Ohne technologische, soziale und wirtschaftliche Innovationen wird das nicht gelingen.

Wir haben das im Innovationsforum schon oft gesagt und letztes Jahr auch gemeinsam aufgeschrieben.

Aber langsam wird es ernst, weil das, was hier so selbstverständlich klingt, von den Verfechtern einer einseitigen Klimapolitik immer deutlicher in Frage gestellt wird.

Anrede,

Politik hat lange über Ziele geredet,  
nicht über ihre Konsequenzen.

Schon gar nicht über gesellschaftliche Leitbilder.

Den Industriegesellschaften stehen dramatische  
Veränderungen bevor.

Für Deutschland geht es um keine geringere Frage als  
die,

ob und wie wir unser Wohlstandsmodell,  
die soziale Marktwirtschaft,  
in die kohlenstoffarme Wirtschaftsordnung führen.

Es geht um unseren Wohlstand,  
die soziale Absicherung und die Zukunftsaussichten  
unserer Kinder.

Die Bedeutung dieses Wandels hat Politik immer  
kleingeredet.

Wenn wir Paris ernstnehmen,  
werden wir eine andere Gesellschaft werden müssen.

Wir werden anders arbeiten,  
wir werden anders wohnen,  
wir werden uns anders bewegen und  
anders ernähren müssen.

Über diesen Wandel lässt die Politik die Menschen im  
Unklaren.

Was soll sie ihn den Menschen schon erklären,  
wenn sie selber keine Vorstellung hat, wohin sie will.

Aber wir sehen, die Zeit der Illusionen ist vorbei.

Aus abstrakten Zielen werden konkrete Veränderungen.

Aus Zielen werden Menschen mit Gesichtern,  
mit Familien, mit einem Leben.

Mit Ängsten und mit Ansprüchen an ein gutes Leben.

Die aktuelle Debatte um die Kohle ist der Auftakt einer  
großen Transformationsbewegung,  
die unsere Gesellschaft in den nächsten ein bis zwei  
Jahrzehnten erfassen wird.

Anders als in der Digitalisierung,  
die eine ebenso einschneidende Veränderung darstellen  
wird,  
geht es bei dieser Transformation, um einen  
Strukturwandel,  
der seinen Ausgangspunkt nicht in der Ökonomie,  
sondern in demokratischen Beschlüssen hat.  
Und damit der Politik eine andere Verantwortung  
auferlegt.

Wir stehen vor einem Jahrzehnt der Bewährung.

Es geht jetzt um die Bergleute in den Kohlerevieren.

Und um viele andere.

Wir stehen vor einer Transformation des ökonomischen  
Kernes unserer Wirtschaft:

in den energieintensiven Industrien und in der  
Automobilindustrie.

Hier entscheidet sich,

ob die Wende hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft  
gelingen wird -

oder ob sie in der Mitte stecken bleibt

oder gar auf Ablehnung stößt.

In Stuttgart, Ingolstadt, Wolfsburg,  
Leverkusen oder Ludwigshafen  
schauen viele darauf,  
wie wir diesen Wandel gestalten.

Ob wir Zukunftsperspektiven für Menschen oder  
Regionen entwickeln und Wohlstand erhalten  
oder ob leere Versprechen abgegeben und Menschen  
zurückgelassen werden.

Wir brauchen eine demokratiekonforme Transformation.

Die Frage, ob wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen  
beschützen wollen, greift daher zu kurz.

Welcher vernünftige Mensch würde diese Frage mit Nein  
beantworten?

In komplexen Industriegesellschaften geht es auch um  
die Frage,  
wie wir diesen Weg gehen,  
ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die  
demokratischen Spielregeln zu gefährden.

In einer komplexen Gesellschaft greift die Frage zu kurz,  
ob wir Klimaziele erreichen oder nicht.



Denn mit der Art und Weise wie wir diese Ziele erreichen wollen, wird in die Biographie Vieler eingegriffen.

Die Politik muss sich darum nicht nur rechtfertigen.

Sie steht vor allem in der Verantwortung, Wege zu eröffnen, die mit den Ansprüchen der Menschen an ein gutes Leben in Einklang zu bringen sind.

Da, wo das nicht gelingt, warten bereits linke und rechte Populisten auf ihre Chance, die Unzufriedenheit der Menschen gegen unsere Demokratie zu mobilisieren.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum Erhalt unserer Industriegesellschaft.

Sie ist der Kern des deutschen Wohlstandsversprechens.

Damit ist zwingend ein Bekenntnis zu nachhaltigem Wachstum verbunden, das sich aus Innovationen und deutschem Erfindergeist speist.

Die Transformation muss aktiv politisch gestaltet werden.

Für die Entfesselung der notwendigen Innovationspotentiale werden wir enorme finanzielle Mittel aufwenden müssen.

Private und öffentliche.

Forschungsförderung, Innovationsförderung, Investitionsförderung müssen dafür neu aufgestellt und integriert werden.

Dies wird mit den gegenwärtigen Haushaltplanungen und mit einer schwarzen Null nicht gelingen.

Das wird erst recht nicht mit rückläufigen Investitionen in Neuanlagen am Standort Deutschland gelingen.

Wer diesen Wandel ernst nimmt, muss an die enormen Vermögen ran, die sich auftürmen, sie der Spekulation entziehen und ihnen Anreize bieten, sich an der Gestaltung dieser Transformation zu beteiligen.

Der Staat soll Regeln und Rahmenbedingungen setzen, die Wohlstand mehren und volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen.

Aktuell droht das Gegenteil.

Mit den sektoralen Klimazielen im Klimaschutzplan 2050 beschließt der deutsche Staat Wettbewerbsnachteile für Unternehmen und Standorte.

Mit den deutschen Verpflichtungen, die aus dem Pariser Abkommen resultieren, verlangt er für eine global gerecht verteilte Treibhausgasminderung von deutschen Unternehmen absolute Minderungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen, damit u.a. chinesische Unternehmen im nächsten Jahrzehnt ihre Emissionen noch steigern können.

Was klimapolitisch gerecht ist, verzerrt gleichzeitig den Wettbewerb.

Wenn wir die Klimaziele umsetzen, müssen wir bei der Suche nach den richtigen Maßnahmen darauf achten, dass die Wettbewerbsnachteile nicht bis zur Unwirtschaftlichkeit von Unternehmen und von Standorten ausgeweitet werden.

Zum Beispiel möchte die Bundesregierung ganz konkret ein Enddatum für Kohleverstromung in Deutschland.

Diesen erheblichen Eingriff in die Marktwirtschaft verstehen wir als vom deutschen Staat gewollten Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung.

Maßnahmen, die keine Strukturbrüche auslösen, können wir grundsätzlich akzeptieren und wollen sie mitgestalten. Die Politik hat dieses Primat über den Markt zu recht.

Aber wenn sie ihn außer Kraft setzt, muss sie die Folgen ihres Eingriffs auf vergleichbare Weise „rekultivieren“, wie das z.B. Braunkohleunternehmen mit den Landschaften tun, denen sie Kohle entnommen haben.

Dann darf zum Beispiel der Wettbewerb im EU-Binnenmarkt kein Argument sein, Regionen, denen der Staat den Kern ihrer wettbewerbsfähigen Wertschöpfung genommen hat, Sonderförderung vorzuenthalten.

Und dann müssen die direkten und indirekten Folgekosten von Auslaufmaßnahmen gerecht verteilt werden, insbesondere auch auf die Profiteure des staatlich verordneten Strukturwandels im Bereich des EEG.

Klimaschutz mag Eingriffe in den Markt rechtfertigen.

Aber Klimaschutz steht nicht über gesellschaftlichen Ansprüchen auf Wohlstand, Versorgungssicherheit oder Mobilität, sondern er muss damit in Einklang gebracht werden.

Wenn Maßnahmen wie die Stilllegung von Produktion und Standorten gesetzlich erzwungen werden sollen, obwohl sie bestenfalls eine sehr mittelbare Auswirkung auf die Erderwärmung haben, dann bedarf es zwingend der produkt- und sektorübergreifenden Abwägung von solchen CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen nach ihrer sozialen und ökonomischen Effizienz.

Kraftwerke vorzeitig stilllegen, weil das politisch bequemer erscheint, als energieeffiziente Gebäude steuerlich zu fördern, ist da der falsche Weg.

Aber wenn

- im Zuge der Sicherheitsbereitschaft bis 2022 Braunkohlekraftwerke mit 2,7 Gigawatt stillgelegt werden.
- emissionshandelsbedingt weitere Kohlekraftwerke in den 20er Jahren unwirtschaftlich und stillgelegt werden,
- eine Steigerung der Energieeffizienz die Stromnachfrage senkt, unter anderem durch
  - Einsparung von mechanischer Energie durch Digitalisierung,
  - Erneuerung von Heizungsumwälzpumpen,

- echte Dimensionierung von Antrieben und
- Energiemonitoring
- der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung bis 2030 auf 65 Prozent gesteigert wird
- Kraft-Wärme-Kopplung über 2022 hinaus gefördert und Gas-KWK zugebaut wird
- die Recyclingquote erhöht und dementsprechend das zu verbrennende Müllaufkommen reduziert wird
- die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Raffinerien sinken werden – die ja auch zum Energiesektor gehören - weil die Autos entsprechend der Ziele im Verkehrssektor weniger Treibstoff verbrauchen werden und daher auch weniger Treibstoff produziert wird,
- wenn Heizwerke auf emissionsärmere Energieträger umgestellt werden,

wenn man diese Maßnahmen richtig miteinander kombiniert,

dann kann das Sektorziel für die Energiewirtschaft bis 2030 gemäß Klimaschutzplans 2050 erfüllt werden.

Mit der gleichen Logik von Innovation und Kausalität, mit einer Wenn-Dann-Logik, wird die Energiewende auch auf anderen Feldern vorankommen.

In Industriesektor,  
in der chemischen Industrie wie in anderen Branchen.

Oder mit den Potenzialen von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien in Raffinerien oder im Erdgasnetz.

Wie das gelingen kann, darüber wollen wir heute lösungsorientiert und sicherlich sehr fruchtbar miteinander sprechen.

Gemeinsam wollen wir eine Beschäftigung sichernde und Innovationen fördernde Energiewende.

Denn das sind die Voraussetzungen dafür, dass die Energiewende funktioniert.

Dazu wünsche ich uns einen erfolgreichen Kongress.